

Ist digitale Souveränität möglich?

fb In den letzten zehn Jahren ist auch in westlichen Demokratien das Thema „digitale Souveränität“ ein prägender Aspekt der Diskussionen um die Rolle des Internets und die Implementierung von Internetpolitik geworden (vgl. Pohle/Thiel 2019: 70). Die vorausgegangenen Diskurse um staatliche Souveränität vs. eine digitale globale Netzwerkwelt brachten äußerst unterschiedliche Perspektiven und Deutungen zu diesem Spannungsfeld hervor, die in einer Vielzahl ganz verschiedener Definitionen digitaler Souveränität im aktuellen Diskurs wiedergefunden werden können (vgl. Goldacker 2017: 3). Voraussetzung für die Beantwortung der Frage, ob digitale Souveränität unter den aktuellen Umständen möglich ist, ist es, einen sinnvollen Rahmen dafür zu setzen, was unter digitaler Souveränität verstanden werden soll.

Vom Fraunhofer Kompetenzzentrum Öffentliche IT wird folgende Kurzdefinition vorgeschlagen: "Digitale Souveränität ist die Summe aller Fähigkeiten und Möglichkeiten von Individuen und Institutionen, ihre Rolle(n) in der digitalen Welt selbstständig, selbstbestimmt und sicher ausüben zu können." (Goldacker 2017: 3)

So elegant und prägnant dieser Formulierungsvorschlag wirken mag, ist mit dieser Definition eine Beweisführung für das Zutreffen der Fragestellung dieses Beitrags unmöglich. Etwas, das alle Fähigkeiten und Möglichkeiten umfasst, kann nur eine Zielformulierung, eine Vision sein, aber unmöglich in einer komplexen Realität mit höchst unterschiedlichen Individuen, gesellschaftlichen Prozessen und Machtverteilungen Erfüllung finden¹. Wird die angebotene Definition dagegen als Vision verstanden, der sich die realen Gegebenheiten möglichst perfekt annähern sollen, ist eine Argumentation zumindest möglich.

Weiterhin ist eine Einschränkung auf Demokratien notwendig, da die Ziele und Interpretationen digitaler Souveränität von autokratischen Systemen wie China und Russland in wesentlichen Teilen von den aktuellen Diskur-

sen in demokratischen Gesellschaften abweichen (vgl. Pohle/Thiel 2019: 70 ff.). Es handelt sich somit um verschiedene Ideen digitaler Souveränität, die vermutlich sich widersprechende Argumentationslinien erfordern würden. Bei Fokussierung auf die demokratische Perspektive kann dagegen festgehalten werden, dass es um „Selbstbestimmungsfähigkeit im digitalen Raum“ (Pohle/Thiel 2019: 70) geht, was die Sicherheit staatlicher und in Unternehmensbesitz befindlicher IT-Infrastrukturen, Datenschutz, Stärkung von Nutzer*innenrechten und wirtschaftliche Stabilität umfasst (vgl. Pohle/Thiel 2019: 72). Digitale Souveränität meint somit nicht nur die staatliche Souveränität, sondern auch die Souveränität des Individuums (vgl. Pohle/Thiel 2019: 73). Diese Definition voraussetzend, kann nun gezeigt werden, dass digitale Souveränität sowohl sinnvoll als auch möglich ist.

Selbstbestimmung bedeutet insbesondere über die Bedingungen der Verwendung der eigenen Daten entscheiden zu können. Dies erfordert sowohl rechtliche Rahmenbedingungen als auch digitale Kompetenzen. Die Nutzer*innen müssen verstehen, was mit ihren Daten geschieht, welche Interessen an deren Verwendung durch Dritte bestehen können, wie sie vertraglich und softwareseitig ihre Datenfreigaben konfigurieren können und müs-

sen Zugriff auf geeignete Programme haben. Die Unternehmen und Einrichtungen, die persönliche Daten verarbeiten, wiederum müssen wirkungsvoll dazu bewegt werden, diese Möglichkeiten zu schaffen und entsprechende Wünsche der Datengeber*innen zu respektieren. Sind diese Bedingungen nicht erfüllt, drohen eine ganze Reihe von Nachteilen für die Datengeber*innen – angefangen mit Übervorteilung bei der Profiterzielung im Zuge der Weiterverwendung über die unerwünschte Erzeugung umfangreicher Personenprofile, die manipulative Selektion bereitgestellter Inhalte und Angebote bis hin zu kriminellen Akten wie Identitätsdiebstahl (vgl. Goldacker 2017: 3, 5, 7, 12). Datenschutz und die Sicherstellung von Nutzer*innenrechten sind somit augenscheinlich sinnvoll für die Mitglieder der Gesellschaft.

Mit zunehmender Digitalisierung der Gesellschaft steigt nicht nur die Abhängigkeit von IT-Sicherheit bei Unternehmen, die digitale Dienstleistungen anbieten oder auch nur Daten digital verarbeiten, sondern auch bei staatlichen Einrichtungen und Individuen: Die Grundprinzipien der Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität von Daten werden wichtiger, da immer mehr Informationen digital verfügbar sind bzw. bereitgestellt werden müssen, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Immer

FORUMRECHT

4 Mal im Jahr • Recht • Kritik • Politik

Dem konservativ geprägten herrschenden Diskurs im juristischen Bereich setzen wir ein Zeitschriftenprojekt entgegen, in dem kritische Stimmen und Positionen zu Wort kommen, die in der gängigen rechtspolitischen Diskussion zu kurz kommen.

Probeabo

3 Ausgaben für nur 7,50€ ohne automatische Verlängerung

www.forum-recht-online.de
Twitter @ ForumRecht

